A14neu Falschparken konsequent ahnden!

Antragsteller*in:	Ralph Saxe
Tagesordnungspunkt:	2. Anträge

Falsches Parken ist kein Kavaliersdelikt. Es behindert alle VerkehrsteilnehmerInnen gleichermaßen:

- Eltern mit Kinderwagen und Menschen mit Rollstühlen, Langstöcken, Rollatoren und Gehhilfen, die an zugeparkten Kreuzungen zu teils riskanten Umwegen gezwungen sind;

- Schülerinnen und Schüler, Kinder mit Laufrädern, Fahrrädern, Rollern o.ä., wenn sie sich an falsch parkenden Fahrzeugen vorbeizwängen müssen und weder selbst das Verkehrsgeschehen überblicken können, noch von anderen gut erkannt werden. Solche gefährlichen Situationen treten auch im Verkehrsraum vor Schulgebäuden auf und werden insbesondere in den Herbst- und Wintermonaten durch Dunkelheit und witterungsbedingt schlechte Sichtverhältnisse noch verschärft.

- FußgängerInnen und RadfahrerInnen durch die eingeschränkte Sicht auf einmündende Straßen;

- Einsatz- und Rettungsfahrzeuge, die im Notfall den Einsatzort nicht erreichen können, weil ihnen der Weg versperrt ist;

- PKW-NutzerInnen, die durch die eingeschränkte Sicht auf kreuzende FußgängerInnen und RadfahrerInnen behindert werden.

Vor allem in Stadtteilen mit hohem Parkdruck erfolgen die Sicherstellung der Verkehrssicherheit und die Freihaltung von Rettungswegen durch die zuständigen Behörden oft nicht mit Augenmaß. So wird Falschparken in der Praxis oft toleriert. Wir meinen, dass klar rechtswidriges Verhalten nicht ignoriert werden

darf. Um falsches Parken dauerhaft zu verhindern, sind aus Sicht der Grünen folgende Maßnahmen zu treffen:

- Wirksames Freihalten von Straßenbereichen, insbesondere Kreuzungen und Einmündungen durch Markierungen, Bepflanzungen oder bauliche Maßnahmen wie Poller und Fahrradbügel
- Regelmäßige Verkehrskontrollen aus Verkehrssicherheitsgründen insbesondere zur Einhaltung des Parkverbots in Kreuzungsbereichen.
- Ermittlung von Kontroll-Schwerpunkten in den Stadtteilen unter Beteiligung der Beiräte, Erarbeitung von Parkkonzepten auf Stadtteilebene wie in Schwachhausen
- Aufstockung des Personals bei der Verkehrskontrolle, dass sich je nach Aufgabe refinanziert oder zum Teil refinanziert
- Gehwegparken oder auf Parken auf Fahrradwegen müssen in Bremen und Bremerhaven konsequenter geahndet werden. Wir setzen uns für eine Erhöhung der Bußgelder auf Bundesebene ein.
- Die Organisation von sicherem Parken soll einen Schwerpunkt bei dem Integrierten Konzept Verkehrssicherheit bilden.
- Das Instrument Anwohnerparken verstärkt zu nutzen und rechtssicher weiter zu entwickeln.
- In Wohngebieten soll flächendeckend eine Parkraumbewirtschaftung eingeführt werden, um wirtschaftliche Anreize zur Abschaffung des eigenen Autos zu bieten und damit den Parkdruck zu reduzieren.

Unterstützer*innen

Philipp Bruck (Bremen-Kreisfrei KV); Ulf Jacob (Bremen-Kreisfrei KV); Ralf Bohr (KV Bremen-Ost); Christoph Kulmann; Jan Saffe; LAG Verkehr